Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Fernsprech-Sammelnummer: Amt Dresden Nr. 31207
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Dresdenerdt

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girostelle Dresdenerdt Nr. 656
Postscheck-Konto: Nr. 612 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drechsel, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Kinder, Frauen- und Hauswelt, Leben im Bild, Sport-Warte, Radio-Zeitung, Modeblätter, Blau oder grün zur Zeit, Roman-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatlich M 1.50, durch die Post ohne Zustellgebühr monatlich M 1.2.—. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streik usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Lieferpreises. Druck: Clemens Lankow's Nachf., Dresden-Pirnaer Str. Bei unverl. eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, übern. wir ohne Verantwort. keg. der Richtigkeit nicht übernehmen.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
57. Jahrgang

Anzeigen werden die 6gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 60 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigem Satzarten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Ansatz gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs b. Auftraggeber.

274 Donnerstag, den 26. November 1925

Die neue Linksregierung in Frankreich gesichert

Herriot, der kommende Mann — Wachsende Bedenken gegen sofortigen Eintritt in den Völkerbund — Englisches Mißtrauen in Frankreichs Finanzlage — Polen will sich mit Deutschland vertragen

Noch keine Entscheidung über die Unterzeichnung

Wie aus den Meldungen Londoner Blätter hervorgeht, steht es noch nicht fest, in welcher Form sich die Unterzeichnung des Vertrages von Locarno vollziehen wird. Von einem Londoner Blatt wird mitgeteilt, die englische Regierung sei auch einverstanden, wenn die Botschafter der betreffenden Mächte die Unterzeichnung vornehmen sollten. Diese Mitteilung hängt offenbar mit der gegenwärtigen Kabinettskrise in Frankreich zusammen. Man kann noch nicht voraussagen, ob zu Beginn der nächsten Woche die innerpolitischen Verhältnisse in Frankreich klar genug liegen werden, um die Anwesenheit des Außenministers in London zu ermöglichen. In diesem Falle würde bestimmt der Botschafter Frankreichs den Vertrag unterzeichnen. Auf deutscher Seite sind noch keinerlei Entscheidungen darüber getroffen, ob eine deutsche Delegation sich zur Unterzeichnung nach London begeben oder ob der deutsche Botschafter in London die Unterzeichnung vornehmen wird.

Einfache Mehrheit genügt

Aus den gestrigen Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages über die Locarno-Vorlage ergab sich, daß ein Antrag der Opposition über den verfassungsändernden Charakter des Locarno-Gesetzes nur die Zustimmung der Deutschnationalen, der Deutschvölkischen und der Kommunisten finden wird, während die Wirtschaftspartei und die Bayrische Volkspartei, die bekanntlich den Beschluß über den Eintrit in den Völkerbund hinausschieben wollen, nicht dafür stimmen werden, daß für die Annahme eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist.

Weiter erörterte der Auswärtige Ausschuß auch noch den Antrag der Deutschnationalen Volkspartei, wonach auf Grund des Artikels 72 der Reichsverfassung die Inkraftsetzung des Locarno-Gesetzes um zwei Monate hinausgeschoben werden soll. Es ergab sich aus den Verhandlungen, daß dieser Artikel zwar die Zustimmung von einem Drittel der Mehrheit des Reichstages finden wird, daß aber die Mehrheit, gleichfalls gestützt auf Artikel 72 der Reichsverfassung den Beschluß fassen wird, daß das Locarno-Gesetz ein dringliches Gesetz sei. Damit fällt dann nach Behandlung des Gesetzes im Reichstag die Entscheidung darüber, ob das Gesetz sofort durch Unterschrift in Kraft gesetzt werden soll oder nicht, allein dem Reichspräsidenten zu. Man zweifelt in parlamentarischen Kreisen nicht daran, daß der Reichspräsident die Unterschrift sogleich vollziehen wird.

Deutschlands Beitritt zum Völkerbund

In parlamentarischen Kreisen breitet sich die Unzufriedenheit über das kümmerliche Ausmaß der Rückwirkungen immer weiter aus. Es ist daher nicht zu verwundern, daß Bestrebungen im Gange sind, um das Inkrafttreten des Vertrages von Locarno so lange hinauszuschieben, bis in diesem Punkte den Wünschen, die die Bevölkerung des besetzten Gebietes selbstverständlich hegt, Genüge geschehen ist. Sehr viel erörtert wird deshalb die Anregung der Wirtschaftspartei und des bayerischen Ministerpräsidenten Held, den Eintritt in den Völkerbund

einem besonderen Gesetze zuzuweisen, das erst zu gegebener Zeit vom Reichstag zu verabschieden sein würde.

Entscheidend für das Schicksal dieses Gedankens wird sein, wie sich Zentrum und Deutsche Volkspartei dazu verhalten.

Das neue Reichskabinett

Hohe Wahrscheinlichkeit für die große Koalition

Aus Reichstagskreisen wird uns geschrieben: Die Regierungsbildung hat nunmehr klare Bahn. Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten proklamieren die Parole der Großen Koalition. Die Sozialdemokraten werden sich bei dieser Sachlage nicht weiter sträuben können, um so mehr, da sie sich ja für die Zustimmung zu dem Locarno-Vertrag im Reichstag entschlossen haben und der Beschluß der Deutschen Volkspartei ausdrücklich davon spricht, daß die neue Regierung nur aus solchen Persönlichkeiten und Vertretern bestehen kann, die diese in Locarno eingeleitete Außenpolitik weiter führen wollen. Dazu gehören aber auch die Sozialdemokraten, wenn sie sich einmütig für Locarno einsetzen. So bleibt jetzt nichts anderes übrig, als die Konsequenzen zu ziehen. Die Bayrische Volkspartei tritt ebenfalls trotz verschiedener Bedenken, die ja allenthalben geteilt werden, auf die Linie von Locarno. Die Wirtschaftspartei wird es zum größten Teil tun.

So wäre jetzt in der Tat die Stunde für die Zusammenfassung positiv schaffender Kräfte zu einer Gemeinschaftsarbeit gegeben.

Im Augenblick ist freilich eine Klärung über die Art der Auswirkung dieser Zusammenfassung noch nicht geschaffen. Der Reichskanzler hat bekanntlich im Reichstage erklärt, daß die Reichsregierung sofort nach der Unterzeichnung des Vertrages in London in ihrer Gesamtheit demissioniere. Damit ist nicht nur die Freiheit geschaffen für die Dispositionen der Parteien bei der Schaffung einer neuen Regierung, sondern es ist auch dem von der deutschnationalen Seite angekündigten Mißtrauensantrag der Boden entzogen. Wenn, was wahrscheinlich ist, der Reichspräsident zunächst Dr. Luther mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt, so kann sein Bemühen nach den jetzt vorliegenden Beschlüssen der Locarno-Parteien auf gar nichts anderes gerichtet sein, als auf den Zusammenschluß der hinter Locarno stehenden Parteien. Daß Dr. Luther das auch selbst will, ergibt sich daraus, daß

die neue Regierung aus Vertretern solcher Parteien bestehen muß, die die Verträge von Locarno zu halten und auszuführen gewillt sind.

Ob aber Dr. Luther diese neue große Koalition führen wird, ist außerordentlich zweifelhaft. Er bildet nun einmal den Stein des Anstoßes für die Sozialdemokraten.

Die Locarno-Politik ist nunmehr eingeleitet. Ob nun die Locarno-Wirkungen, und zwar nicht nur für unsere innere und äußere, sondern auch für unsere Wirtschaftspolitik praktisch werden, wird von der Arbeit der neuen Regierung entscheidend abhängen.

*

Sozialdemokratische Zustimmung

Innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist es in den letzten Tagen zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Frage der Wiederherstellung der Großen Koalition des Reiches gekommen. Der linke Flügel, der allerdings in der Minderheit geblieben ist, sprach sich sehr entschieden gegen die Wiederaufnahme der Koalitionspolitik aus und forderte das Verbleiben der Partei in der Opposition. Die überwiegende Mehrheit der sozialdemokratischen Führer stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß nach der Klärung gewisser Voraussetzungen die Bildung einer Regierung der Großen Koalition durchaus den Wünschen und Interessen der sozialdemokratischen Partei entspreche.

Protest gegen die verstärkte Besetzung von Trier

Die Reichsregierung hat gegen die angekündigte schwere Belastung der Stadt Trier mit französischen Truppen entschiedene Vorstellungen durch den deutschen Botschafter, Herrn v. Hoesch, in Paris bei der französischen Regierung erhoben. In Berliner politischen Kreisen hat man die Hoffnung, daß die französischen Absichten sich noch würden rückgängig machen lassen, zumal es in letzter Zeit schon mehrfach gelungen sei, solche drohende Maßnahmen abzubeugen. Die französischen Androhungen sollen im übrigen als ein Uebergriff militärischer Stellen gelten, von denen, wie man meint, die französische Regierung offiziell keine Kenntnis hat.

Auch Jülich wird erneut belastet.

In der Jülicher Stadtverordnetenversammlung teilte Bürgermeister Kienzen mit, daß entgegen der Ankündigung des Generaldelegierten bei der Reichsvermögensverwaltung in Aachen, die am 12. November erfolgte Anforderung von weiteren 145 Wohnungen für die Verstärkung der Garnison nach der Räumung der ersten Zone sei vorläufig zurückgezogen, der hiesige Ortskommandant erklärt habe, ihm sei davon nichts bekannt. Tatsächlich beginne das belgische Wohnungsamt mit der Aufnahme von Wohnungen.

Eine kurze Reichstagssitzung

Nach debattelloser Annahme der Novelle zum Gesetz über die Errichtung der Deutschen Rentenbankkreditanstalt folgt die

dritte Beratung des Notetats für 1925.

Abg. v. Guérard (Ztr.) beantragt, den Notetat bis zum 31. Januar 1926 zu befristen, während in der zweiten Beratung der 31. Dezember 1925 beschlossen war.

Abg. Stöcker (Komm.) wendet sich gegen den Antrag v. Guérard. Damit solle nur der Kuhhandel um die Regierung um einen Monat verlängert werden. Von der Mehrheit werde es als sehr unwahrscheinlich bezeichnet, daß die neue Regierung bis Weihnachten fertig wird.

Abg. Fehrenbach (Ztr.) betont demgegenüber, daß die Verlängerung des Notetats mit den Versuchen der Neubildung einer Regierung nichts zu tun habe. Mit diesen Versuchen sei bisher noch nicht begonnen worden.

Abg. Müller (Franken, Soz.) bezeichnet es als eine Kinderei, wenn die Kommunisten annehmen, daß der Notetat auf die Regierungsbildung irgendeinen Einfluß habe.

Nach weiterer Debatte wird der Notetat mit dem Antrag v. Guérard angenommen.

Das Gespenst im polnischen Hause

Mit Ach und Krach ist es dem polnischen Außenminister Skrzynski gelungen, ein neues Kabinett in Warschau auf die Beine zu stellen. Viel Zeit zum Ueberlegen hatte er dabei freilich nicht, denn er will zur Unterzeichnung nach London fahren und muß dazu eine verhandlungsfähige Regierung hinter sich haben, außerdem aber kann es die Erbschaft, die Grabski hinterlassen hat — fast möchte man von einer Konkursmasse sprechen — nicht vertragen, wenn sie längere Zeit verwaist bleibt. Der plötzliche Sturz Grabskis ist wie kaum ein anderes Moment geeignet, auf die geradezu katastrophale Lage Polens ein grelles Licht zu werfen. Denken wir nur einmal zurück an die Zeit von 1918. Damals waren die Polen, die es unter Frankreichs Hilfe so glänzend verstanden, sich als die gekränkte Unschuld aufzuspielen, das verhätschelte Schoßkind Europas. — Man schnitt aus Deutschland, Oesterreich und Rußland Riesenfetzen heraus, warf sie den Polen als Morgengabe ihrer neuen Freiheit in den Schoß und belastete sie auch mit keinerlei Schulden. Sie waren schon aus diesem Grunde eigentlich das reichste Land Europas. Und heute? Sie haben Riesenschulden aufgenommen, haben ihre erste Währung schon ruiniert, die zweite hält nur noch mühsam, aber auch nur deshalb, weil der Finanzminister die Notenausgabe zurückschraubt, dafür jedoch ein zweites ungedecktes Inlandsgeld herausgibt, das immer mehr entwertet und früher oder später auch die Auslandswährung mit sich reißen muß. Das reiche Geschenk der wertvollsten Teile Oberschlesiens haben sie nicht zu nutzen verstanden. Im ganzen Lande raucht kaum ein Schornstein mehr, die Landwirtschaft arbeitet mit Verlust, der Staat ist so arm, daß er kaum mehr am 1. November die Beamtengelder flüssig machen konnte, und dabei frißt der Riesenverwaltungsapparat ohnehin fast die ganzen Steuern auf.

Vielleicht wird im stillen Kämmerlein einer oder der andere der Parteiführer sich sagen, daß er in den letzten Jahren zielbewußt eine Katastrophenpolitik getrieben hat; vielleicht wird er auch erkennen, woran der eigentliche Fehler liegt, obwohl an dieses Gespenst im eigenen Hause niemand zu denken wagt. Die Polen wollen nämlich nicht wahr haben, daß sie noch mehr als ein Drittel fremde Nationalitäten in sich aufgesaugt haben und nicht imstande waren, diese Elemente zu verdauen. Sie haben überhaupt nicht arbeiten wollen. Die Aufgabe, vor der sie standen, war an sich gewiß nicht leicht, sie mußten die auf einer ganz verschiedenen Kulturhöhe stehenden ehemaligen preußischen, österreichischen und russischen Teile miteinander verschmelzen, mußten also sachliche Kleinarbeit leisten, um ein Fundament ihres neuen Staates zu schaffen. Statt dessen wollten sie Großmachtspolitik treiben. Sie begnügten sich nicht mit dem, was sie bereits hatten, nein, sie mußten auch noch Wilna schlucken, träumten von der Eroberung Danzigs, verfeindeten sich mit sämtlichen Nachbarn und glaubten sich schon auf dem besten Wege.